

omnibus-paket

Übersicht zum Omnibus-Paket I für
Nachhaltigkeit

15. Dezember 2025

Worum geht es?

Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Ankurbelung des Wachstums will die EU ein günstigeres Geschäftsumfeld schaffen und dafür sorgen, dass Unternehmen nicht mit Regelungen überfrachtet werden. Deshalb will die Kommission bei einigen EU-Vorschriften Anpassungen vornehmen, mit denen das Wachstum gefördert und für eine kosteneffizientere Verwirklichung der politischen Ziele der EU gesorgt werden soll. Ziel der Kommission ist es, die Vorschriften drastisch zu vereinfachen und den Verwaltungsaufwand bis zum Ende der Amtszeit um mindestens 25 Prozent und für KMU um mindestens 35 Prozent zu verringern.

In dem am 11. Februar veröffentlichten Arbeitsprogramm der Kommission wurde eine erste Reihe von „Omnibus“-Paketen angekündigt. Mit diesen Paketen werden sich überschneidende, unnötige oder unverhältnismäßige Vorschriften korrigiert, die zu unnötigen Belastungen für EU-Unternehmen führen. Mit diesen Paketen werden sich überschneidende, unnötige oder unverhältnismäßige Vorschriften korrigiert, die zu unnötigen Belastungen für EU-Unternehmen führen. Omnibus I zielt vor allem darauf ab, die inhaltlichen Vorgaben der CSRD und der CSDDD zu überarbeiten, um die Pflichten für Unternehmen zu vereinfachen und den Kreis der berichtspflichtigen Unternehmen zu verkleinern.

Auf welche Änderungen hat man sich geeinigt?

CSRD (Nachhaltigkeitsberichterstattung)

Anwendungsbereich:

- Schwellenwert von 1.000 Beschäftigten und 450 Millionen Euro Umsatz
- Börsennotierter KMU wurden aus dem Anwendungsbereich ausgenommen

„Value Chain Cap“:

- Kleinere Unternehmen mit weniger als 1.000 Beschäftigten werden davor geschützt, dass Berichtspflichten an sie weitergereicht werden.
- Die aktualisierten Regeln erlauben ihnen, die Weitergabe von Informationen abzulehnen, die über die freiwilligen Standards hinausgehen.

Prüfungsniveau:

- Es wird nur eine begrenzte Prüfungssicherheit (limited assurance) für CSRD-Berichte erforderlich sein.

Unterstützung durch die Kommission:

- Die Kommission wird ein digitales Portal für Unternehmen einrichten, das Vorlagen und Leitlinien zu EU- und nationalen Berichtspflichten bereitstellt.

CSDDD (Lieferkettenrichtlinie)

Anwendungsbereich:

- Die Schwellenwerte werden auf 5.000 Beschäftigte und 1,5 Mrd. Euro Nettoumsatz angehoben.

Identifizierung und Bewertung nachteiliger Auswirkungen:

- Unternehmen können sich auf die Bereiche ihrer Tätigkeitsketten konzentrieren, in denen tatsächliche oder potenzielle nachteilige Auswirkungen am wahrscheinlichsten sind.
- Wenn mehrere Bereiche gleich wahrscheinlich oder gleich schwerwiegend betroffen sind, erhalten Unternehmen die Flexibilität, sich zuerst auf direkte Geschäftspartner zu konzentrieren.
- Unternehmen müssen keine vollständige Kartierung ihrer Wertschöpfungsketten mehr durchführen, sondern lediglich eine allgemeine Scoping-Analyse.
- Unternehmen sollen sich auf „zumutbar verfügbare Informationen“ stützen, was den Informationsdruck auf kleinere Geschäftspartner reduziert.
- Ein risikobasierter Ansatz soll sicherstellen, dass Unternehmen keine unnötigen Informationen von Unternehmen außerhalb des Anwendungsbereichs anfordern.

Klimatransitionspläne:

- Die Verpflichtung zur Vorlage eines Plans zur Klimawandel-Minderung wurde gestrichen.

Zivilrechtliche Haftung:

- Streichung des EU-weit harmonisierten Haftungsregimes und der Vorgabe an die Mitgliedstaaten, sicherzustellen, dass Haftungsregeln als zwingend anzuwenden gelten, wenn ausländisches Recht einschlägig wäre.
- Einführung einer Überprüfungsklausel zum möglichen Bedarf eines EU-weit harmonisierten Haftungsregimes.

Sanktionen:

- Einigung auf eine Obergrenze von 3 % des weltweiten Nettoumsatzes eines Unternehmens. Die Kommission soll hierzu Leitlinien erstellen.

Längere Umsetzungsfrist:

- Die Umsetzungsfrist wird um ein Jahr auf den 26. Juli 2028 verschoben. Unternehmen müssen ab Juli 2029 den neuen Vorgaben nachkommen.

Überprüfungsklausel:

- Es wird eine allgemeine Überprüfungsklausel zur möglichen Erweiterung des Anwendungsbereichs von CSRD und CSDDD eingefügt.

Wer ist betroffen?

Betroffen sind alle Unternehmen, die von den Auswirkungen der unter dem Omnibus-Paket gefassten Gesetzgebungen betroffen sind (direkt sowie indirekt). Große und kleine Unternehmen in der gesamten EU sollen von den Vereinfachungen der Omnibus-Vorschläge profitieren.

Wie ist die Position des BGA?

Die Einigung zu Omnibus I ist ein deutliches und längst überfälliges Signal in Richtung Entlastung. Aus Sicht des BGA markiert sie eine spürbare Kurskorrektur hin zu mehr Praxistauglichkeit. Die Reduzierung des Anwendungsbereichs, die Begrenzung unnötiger Informationsabfragen sowie die stärkere Orientierung am Risiko tragen dazu bei, überfällige bürokratische Lasten abzubauen. Insgesamt ist Omnibus I ein wichtiger Schritt hin zu realistisch umsetzbaren, verhältnismäßigen und wirtschaftsnah ausgestalteten Anforderungen.

Wie ist der Umsetzungsstand?

Im Europäischen Parlament hat der JURI-Ausschuss den Text am 11. Dezember gebilligt; nächster Schritt ist nun die endgültige Abstimmung im Plenum am 16. Dezember. Im Rat hat der COREPER dem Trilogergebnis am 10. Dezember zugestimmt.

Weiterführende Informationen:

- [Entwurf EU-KOM: Omnibus I](#)
- [Entwurf EU-KOM: Omnibus II](#)
- [Pressemitteilung des Rates](#)
- [Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#)
- [BGA-Pressemitteilung](#).

Ansprechpartner:

Lisa-Marie Brehmer (T +49 176 6074 3601, lisa-marie.brehmer@bga.de)